



An den Grossen Rat

14.5194.02

FD/P145194

Basel, 9. Juli 2014

Regierungsratsbeschluss vom 8. Juli 2014

Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend „wie sieht es bei E-Gouvernement in Basel aus?“

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Es könnte so einfach sein. Sich an einem Wohnort anmelden, eine Eheschliessung beantragen, ein Auto anmelden – ein paar Klicks im Internet und die Sache ist schon erledigt. Meinste. Das ist das Versprechen von E-Gouvernement, von den Vorteilen des digitalen Ausweises und den Behördenseiten im Internet.

Doch die Realität sieht anders aus: Wer sich zum Beispiel ummelden will, kann zwar das notwendige Formular online ausfüllen. Doch dann muss man es ausdrucken und selbst in das Kundenzentrum befördern. Kein Wunder, dass viele Bürger von öffentlichen Internetangeboten enttäuscht sind. Und so nutzen nur ein Drittel der Bürger die neuen E-Gouvernement-Dienste. Dabei lässt sich der Kanton seine In-formations- und Kommunikationstechnik jedes Jahr mehr kosten.

1. Wie viel Geld wurde in den letzten Jahren in Basel für die digitale Verwaltung ausgegeben?
2. Wie funktioniert die digitale Verwaltung? Kann man da mal bitte an einem Lehrgang teilnehmen?
3. Wie können am besten digitale Hürden abgebaut werden?

Wir beantworten diese schriftliche Anfrage wie folgt:

Zur Frage 1: Wie viel Geld wurde in den letzten Jahren in Basel für die digitale Verwaltung ausgegeben?

Auf Kantonaler Ebene hat der Grosse Rat zwecks Durchführung eines Impulsprogramms zur Förderung elektronischer Behördengänge und Verwaltungsverfahren am 07.12.2011 (11/49/22G) einen Rahmenkredit von CHF 4.4 Mio., wovon CHF 3.5 Mio. zu Lasten der Investitionsrechnung sowie CHF 0.9 Mio. zu Lasten der laufenden Rechnung, in den Jahren 2012 – 2015, bewilligt. Bis Ende 2013 wurden im Rahmen des kantonalen E-Government Impulsprogramms bisher rund 0.65 Mio. zu Lasten der Investitionsrechnung und 0.45 Mio. zu Lasten der laufenden Rechnung

ausgegeben. Daneben wurde unter der Federführung der einzelnen Departemente im Rahmen deren ordentlichen Budgets die Optimierung der Verwaltungsaufgaben unter bestmöglichem Einsatz von Informationstechnologie konsequent vorangetrieben.

Zur Frage 2: Wie funktioniert die digitale Verwaltung?
Kann man da mal bitte an einem Lehrgang teilnehmen?

Unter E-Government im weiteren Sinn versteht man die Vereinfachung und Durchführung von Prozessen zur Information, Kommunikation und Transaktion innerhalb und zwischen staatlichen, kommunalen und sonstigen behördlichen Institutionen, sowie zwischen diesen Institutionen und Bürgern bzw. Unternehmen durch den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken. Konkrete Ziele von E-Government sind die Verbesserung und Vereinfachung der öffentlichen Dienste. Dabei stehen die Überprüfung der oben genannten Prozesse und deren Optimierung in Verbindung mit dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien in der öffentlichen Verwaltung im Vordergrund.

Der Kanton bietet selber keine Lehrgänge diesbezüglich an. Private Anbieter bieten aber beispielsweise Zertifikatslehrgänge wie „CAS eGovernment“ an.

Zu Frage 3: Wie können am besten digitale Hürden abgebaut werden?

Mit der neuen kantonalen E-Government Strategie fokussiert der Kanton Basel-Stadt ganz gezielt die Bereiche Transaktion, Partizipation und Kommunikation mit Unterstützung moderner Mittel. Insbesondere der Partizipation (aktiver und interaktiver Einbezug der verschiedenen Anspruchsgruppen) wird ein grosser Stellenwert zugesprochen umso möglichst viele Anspruchsgruppen einbeziehen und deren konkrete Bedürfnisse noch besser erkennen zu können. Der neue Internetauftritt des Kantons Basel-Stadt wurde komplett barrierefrei konzipiert und aufgebaut. Ab Sommer steht 2014 zudem die „mobile optimierte“ Version zu Verfügung, um die Nutzung der Dienste auf allen gängigen mobilen Geräten wie beispielsweise Smartphones noch weiter zu vereinfachen und die digitalen Hürden so weiter abzubauen.

Nicht alle Kunden der Verwaltung verfügen über die gleiche Affinität in Bezug auf die Anwendung der modernen Medien. Darum sieht das E-Government Impulsprogramm vor, mit gezielten Informationen auf verschiedensten Kanälen das Bewusstsein in der Bevölkerung steigern.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin